



WirFamilien
STARK UND VEREIN(T)

WirFamilien

📍 Uetenberg 9, CH-8733 Eschenbach

📞 078 606 78 79

🌐 <https://www.wirfamilien.ch>

Bericht

Bildungsfreiheit im Kanton St. Gallen

Ort: Eschenbach SG

Datum: 18.07.2024



Einleitung

Im idyllischen Kanton St. Gallen brodeln eine Bildungsrevolution. Was an der Oberfläche als Kampf um Homeschooling erscheint, entpuppt sich als grundlegender Konflikt über die Bildungsfreiheit – ein fundamentales Recht, das in einer fortschrittlichen Gesellschaft nicht infrage gestellt werden sollte. Trotz klarer gesetzlicher Regelungen, die den Eltern die Freiheit geben sollten, die Bildungsform ihrer Kinder zu wählen, stossen innovative Bildungsansätze wie das Homeschooling auf erheblichen Widerstand. Dies wurde besonders deutlich im langjährigen Ringen des Vereins Homeschooling St. Gallen, dessen Bemühungen, eine alternative Bildungsform zu etablieren, erst durch gerichtliche Entscheidungen Anerkennung fanden.

Die starre Haltung des kantonalen Bildungsdepartements, das sich eher als Bollwerk denn als Förderer von Bildungsvielfalt zeigte, hat tiefe systemische Mängel in der Bildungsverwaltung offengelegt und eine deutliche Abneigung gegenüber nicht-traditionellen Bildungswegen zu Tage gefördert. Die gerichtliche Auseinandersetzung, in der Mitglieder des Vereins gezwungen waren, für ihre Bildungsrechte zu kämpfen, markiert einen alarmierenden Präzedenzfall. Anstatt progressive und unterstützende Massnahmen zu ergreifen, versuchte das Bildungsdepartement, den privaten Heimunterricht durch neue Gesetzesinitiativen einzudämmen – ein klarer Akt der Vergeltung, angetrieben von einer wahrgenommenen persönlichen Niederlage.

Dieser Bericht beleuchtet die gegenwärtige Lage der Bildungsfreiheit in St. Gallen, die Herausforderungen und Barrieren für Familien, die sich für alternative Bildungswege entscheiden. Am Beispiel des Vereins Homeschooling St. Gallen wird gezeigt, wie essenziell eine transparente, gerechte und inklusive Bildungspolitik ist, die den gesetzlichen und gesellschaftlichen Ansprüchen gerecht wird. Ziel ist es, eine Bildungslandschaft zu schaffen, die Diversität fördert und jedem Kind gerecht wird, unabhängig vom gewählten Lernweg der Familie.



Inhaltsverzeichnis

Bericht	1
Einleitung	2
Der zunehmende Eingriff der Schule in das Familienleben und die politische Verantwortung	4
Erosion der familiären Autonomie.....	4
Politische Verantwortung und gesellschaftliche Konsequenzen.....	4
Warum weniger Politik im Schulzimmer und mehr Familienstärkung notwendig sind	6
Reduzierung politischer Einflüsse im Schulzimmer.....	6
Stärkung der Familien	6
Was ist Bildungsfreiheit?	8
Schweizerische Bundesverfassung	8
Kantonsverfassung St. Gallen	8
Internationale Gesetzgebung zur Bildungsfreiheit.....	8
Das Subsidiaritätsprinzip und seine Bedeutung für die Bildungsfreiheit.....	9
Definition und Grundprinzip	10
Anwendung im Bildungsbereich	10
Implikationen für staatliches Eingreifen	10
Relevanz für Homeschooling.....	10
Analyse der Missachtung der Bildungsfreiheit im Kanton St. Gallen	12
Aktuelles Volksschulgesetz (VSG)	12
Zwischenbericht zur Revision des VSG.....	12
Agieren des Bildungsdepartements.....	13
Konstruktionsfehler im Schweizer Bildungssystem: Lehrplan 21, Inklusion und Selbstkontrolle der Schulträger	14
Lehrplan 21 und seine Implikationen	14
Inklusion in der Schulbildung.....	14
Selbstkontrolle der Schulträger.....	15
Analyse der Bildungsqualität des Schweizer Bildungssystem	16
Herausforderungen durch Lehrplan 21	16
Bewertungssystem und seine Auswirkungen.....	16
Psychologische Auswirkungen auf Schüler	16
Leitfaden für Parlamentarier und Bildungsdepartement zur Revision des Volksschulgesetzes (VSG)	18
Zu beachtende Grundprinzipien	18
Zu überdenkende oder zu kippende Vorstösse	18
Hinzuzufügende Elemente	18
Bedenken der Politik gegenüber Bildungsfreiheit und Homeschooling: Notwendigkeit einer differenzierten Betrachtung	20
Rolle der KESB und differenzierte Politikgestaltung	20
Politische Empfehlungen.....	20
Abschliessend ist fest zu halten:	22



Der zunehmende Eingriff der Schule in das Familienleben und die politische Verantwortung

In der heutigen Zeit, in der Bildung zunehmend als ein zentraler Pfeiler der Gesellschaft gesehen wird, ist es unabdingbar, dass die politischen Entscheidungsträger die weitreichenden Konsequenzen ihrer Bildungspolitik sorgfältig abwägen. Der zunehmende Eingriff der Schulen in das Familienleben, oft gerechtfertigt durch das Ziel, Bildungsstandards zu erhöhen und Chancengleichheit zu fördern, wirft kritische Fragen hinsichtlich der Autonomie der Familie und der gesellschaftlichen Auswirkungen solcher Massnahmen auf.

Erosion der familiären Autonomie

Die Schule als Institution nimmt einen immer grösseren Platz im Leben der Familien ein, nicht nur zeitlich durch längere Schulzeiten und mehr Hausaufgaben, sondern auch inhaltlich durch die Einführung von Lebenskompetenzkursen, die traditionell in den Aufgabenbereich der Familie fielen. Diese Entwicklung kann dazu führen, dass Eltern sich entmachtet fühlen, wenn es darum geht, grundlegende Werte und Lebensfähigkeiten an ihre Kinder weiterzugeben. Die politischen Entscheidungsträger müssen sich daher der Tatsache bewusst sein, dass zu starke schulische Eingriffe die familiäre Bindung und Erziehung untergraben können.

Politische Verantwortung und gesellschaftliche Konsequenzen

Die Politik spielt eine entscheidende Rolle in der Gestaltung des Bildungssystems und damit indirekt auch in der Formung der Gesellschaft. Die zunehmende Regulierung und Standardisierung der Bildung kann zwar einerseits dazu beitragen, gewisse Bildungsziele zu erreichen, andererseits aber auch unbeabsichtigte negative Folgen haben:

Reduktion der individuellen Freiheit: Übermässige Kontrolle und Standardisierung im Bildungssystem können die Kreativität und Individualität der Schüler einschränken. Dies kann dazu führen, dass Absolventen zwar gut auf standardisierte Tests vorbereitet sind, aber möglicherweise nicht die Fähigkeit besitzen, kritisch zu denken oder kreativ zu handeln – Fähigkeiten, die in der heutigen globalisierten Welt immer wichtiger werden.

Mental Health Issues: Die Betonung auf akademischer Leistung und der ständige Druck, der auf den Schülern lastet, kann zu einer Zunahme von Stress, Angststörungen und anderen psychischen Problemen führen. Politische Entscheidungsträger müssen daher sicherstellen, dass das Bildungssystem nicht nur die akademische Leistung, sondern auch das Wohlbefinden der Schüler fördert.



Soziale Spaltung: Ein zu starker Fokus auf akademische Leistung kann die soziale Ungleichheit verstärken. Kinder aus weniger privilegierten Verhältnissen haben möglicherweise nicht die gleichen Unterstützungsstrukturen zu Hause wie ihre besser gestellten Altersgenossen, was zu einer Vergrößerung der Leistungskluft führen kann. Dies stellt die politischen Entscheidungsträger vor die Herausforderung, Bildungspolitiken zu entwickeln, die tatsächlich allen Schichten der Gesellschaft zugutekommen.

Die Politik muss die Verantwortung übernehmen, ein Bildungssystem zu gestalten, das die Bedürfnisse aller Schüler berücksichtigt und gleichzeitig die Rechte und die Autonomie der Familie respektiert. Es ist entscheidend, dass Bildungspolitiken entwickelt werden, die eine ausgewogene Balance zwischen staatlicher Intervention und familiärer Autonomie finden. Nur so kann verhindert werden, dass die Gesellschaft "an die Wand gefahren wird", indem eine Generation heranwächst, die zwar gut auf Prüfungen vorbereitet ist, aber nicht auf das wirkliche Leben.



Warum weniger Politik im Schulzimmer und mehr Familienstärkung notwendig sind

Reduzierung politischer Einflüsse im Schulzimmer

Schutz der pädagogischen Freiheit: Schulen sollten als Orte der Bildung und persönlichen Entwicklung fungieren, frei von der übermässigen Einflussnahme durch politische Agenden. Lehrkräfte benötigen pädagogische Freiheit, um auf die individuellen Bedürfnisse ihrer Schüler eingehen zu können, statt curriculare Vorgaben erfüllen zu müssen, die oft durch politische Entscheidungen geprägt sind. Die Reduzierung politischer Einflüsse hilft, das Schulzimmer als einen neutralen Raum zu bewahren, in dem kritisches Denken und objektives Lernen gefördert werden.

Vermeidung von Ideologisierung: Die zunehmende Politisierung der Bildung kann zu einer ideologischen Färbung des Lehrplans führen. Schüler sollten die Möglichkeit haben, verschiedene Perspektiven zu erkunden und ihre eigene Meinung zu entwickeln, anstatt einer einseitigen Darstellung von Informationen ausgesetzt zu sein. Eine politikfreie Bildungsumgebung fördert eine ausgewogenere und umfassendere Bildung.

Fokus auf fundamentale Bildungsziele: Bildung sollte sich primär auf die Vermittlung von Kompetenzen wie Lesen, Schreiben, Rechnen und kritischem Denken konzentrieren. Politische Einflüsse können diesen Fokus verschieben und dazu führen, dass weniger Zeit für die grundlegenden akademischen Fähigkeiten bleibt, die für das weitere Lernen und das Berufsleben entscheidend sind.

Stärkung der Familien

Respektierung der familiären Autonomie: Familien sollten die primäre Rolle in der Erziehung und den Wertvorstellungen ihrer Kinder spielen. Eine Stärkung der Familien bedeutet, ihnen die Freiheit und die Ressourcen zu geben, um diese Rolle auszufüllen. Bildungspolitikern sollten die Präferenzen und Ansichten der Familien respektieren und unterstützen, anstatt sie zu untergraben.

Förderung von Erziehungspartnerschaften: Statt die Bildung ausschliesslich in die Hände der Schulen zu legen, sollte eine Partnerschaft zwischen Lehrkräften und Eltern gefördert werden. Diese Zusammenarbeit kann dazu beitragen, die Bildungserfahrungen der Kinder zu bereichern und sicherzustellen, dass die schulischen Aktivitäten die familiären Werte und Erziehungsziele ergänzen und unterstützen.

Unterstützung individueller Lernwege: Jedes Kind ist einzigartig, und Familien sind oft am besten in der Lage, die spezifischen Stärken, Schwächen und



Interessen ihrer Kinder zu verstehen. Bildungssysteme sollten flexibel genug sein, um individualisierte Lernpfade zu ermöglichen, die von den Familien mitgestaltet werden können. Dies umfasst auch die Möglichkeit für Homeschooling oder alternative Bildungsformen, die besser auf die Bedürfnisse des Kindes abgestimmt sind.

Weniger Politik im Schulzimmer und mehr Familienstärkung sind entscheidend für die Entwicklung einer gesunden, ausgewogenen und effektiven Bildungsumgebung. Bildungspolitiken sollten darauf abzielen, die Autonomie und die Ressourcen der Familien zu stärken, anstatt sie zu verdrängen. Dies fördert nicht nur die Bildungsqualität, sondern auch das Wohlbefinden und die Entwicklung der Schüler. Indem die Bildungspolitik sich auf die Unterstützung der Familien und die Reduzierung politischer Einflüsse konzentriert, kann sie eine inklusive, flexible und unterstützende Bildungsumgebung schaffen, die allen Kindern zugutekommt.



Was ist Bildungsfreiheit?

Rechtliche Grundlagen in der Schweiz und international

Die Bildungsfreiheit ist ein fundamentales Recht, das sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene verankert ist. Es umfasst das Recht der Familien, über die Art und Weise der Bildung ihrer Kinder zu entscheiden. Dieser Abschnitt des Berichts beleuchtet die relevanten Gesetze und Bestimmungen, die Bildungsfreiheit und Entscheidungsfreiheit von Familien in der Schweiz, speziell im Kanton St. Gallen, sowie auf internationaler Ebene unterstützen und schützen.

Schweizerische Bundesverfassung

Die Bildungsfreiheit in der Schweiz wird durch die Bundesverfassung gestützt:

Artikel 19 – Recht auf Bildung: Jeder Mensch hat das Recht auf ausreichende und unentgeltliche Schulbildung. Dies impliziert das Recht auf Zugang zu Bildungseinrichtungen, jedoch auch die Freiheit, innerhalb des gesetzlichen Rahmens alternative Bildungsformen zu wählen.

Artikel 27 – Wirtschaftsfreiheit: Obwohl primär auf wirtschaftliche Aktivitäten ausgerichtet, unterstützt dieser Artikel indirekt die Bildungsfreiheit, indem er die Freiheit der Berufswahl und die freie Ausübung eines Berufes garantiert, was auch die Wahl der Bildungsform einschliessen kann.

Kantonsverfassung St. Gallen

Die Verfassung des Kantons St. Gallen spiegelt die Grundsätze der Bundesverfassung wider und betont zusätzlich:

Bildungsartikel: Ähnlich wie die Bundesverfassung gewährleistet die Kantonsverfassung das Recht auf Bildung und legt fest, dass der Zugang zu Bildung unabhängig von der wirtschaftlichen Lage der Familie sein muss. Die Auslegung kann dahingehend interpretiert werden, dass auch alternative Bildungsformen wie Homeschooling ermöglicht werden sollten, sofern sie den Bildungszielen dienen.

Internationale Gesetzgebung zur Bildungsfreiheit

Die Bildungsfreiheit wird nicht nur national, sondern auch auf internationaler Ebene durch verschiedene bedeutende Dokumente der Vereinten Nationen gestützt, die sicherstellen, dass die Rechte der Eltern und Kinder weltweit respektiert und geschützt werden:



Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR), Artikel 26:

Wortlaut: "Eltern haben ein vorrangiges Recht, die Art der Bildung zu bestimmen, die ihren Kindern zuteilwerden soll."

Interpretation: Dieser Artikel unterstreicht das fundamentale Recht der Eltern, über die Bildungsrichtung ihrer Kinder zu entscheiden, und stellt sicher, dass staatliche Einrichtungen dieses Recht nicht einschränken dürfen.

Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR), Artikel 13:

Wortlaut: "Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden auf Bildung an. [...] Sie stimmen zu, dass die Bildung darauf abzielen muss, die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und des Bewusstseins ihrer Würde zu fördern und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten zu stärken. [...] Die Freiheit der Eltern und, gegebenenfalls, des gesetzlichen Vormunds, eine andere als die öffentliche Schule zu wählen, die mit ihren eigenen religiösen und erzieherischen Überzeugungen übereinstimmt, muss respektiert werden."

Interpretation: Artikel 13 des ICESCR bekräftigt nicht nur das Recht jedes Einzelnen auf Bildung, sondern spezifiziert auch, dass die Staaten die Verantwortung tragen, die Bildungsentscheidungen der Eltern zu respektieren, insbesondere wenn diese Entscheidungen auf persönlichen, religiösen oder pädagogischen Überzeugungen basieren. Dieser Artikel fordert die Staaten auf, eine Vielfalt von Bildungsoptionen zuzulassen, die nicht notwendigerweise dem staatlichen Bildungsmodell entsprechen müssen, solange sie allgemeinen Bildungsstandards genügen.

Diese internationalen Rechtsdokumente bieten eine solide Grundlage für die Unterstützung und Durchsetzung der Bildungsfreiheit weltweit und speziell im Kanton St. Gallen, wo sie als Massstab zur Beurteilung und Verbesserung der lokalen Bildungspolitik dienen können.

Das Subsidiaritätsprinzip und seine Bedeutung für die Bildungsfreiheit

Das Subsidiaritätsprinzip ist ein fundamentales Konzept, das in der Schweizer Bundesverfassung verankert ist und eine wichtige Rolle in der Gestaltung der Bildungspolitik spielt, insbesondere hinsichtlich der Autonomie der Familie in Bildungsentscheidungen. Dieses Prinzip findet sich nicht nur auf Bundesebene, sondern ist auch in den Verfassungen vieler Kantone festgeschrieben und beeinflusst somit die lokale Bildungspolitik massgeblich.



Definition und Grundprinzip

Das Subsidiaritätsprinzip besagt, dass staatliche Aufgaben und Entscheidungen so dezentralisiert wie möglich gehandhabt werden sollten. Das bedeutet, dass höhere Ebenen der Verwaltung (wie der Bund oder die Kantone) nur dann eingreifen sollten, wenn untergeordnete Ebenen (wie Gemeinden oder individuelle Familien) nicht in der Lage sind, diese Aufgaben effektiv zu erfüllen. Die Grundidee ist, die Entscheidungsmacht so nah wie möglich an die betroffenen Personen zu bringen, um die Effizienz, Bürgernähe und Angemessenheit der Entscheidungsfindung zu maximieren.

Anwendung im Bildungsbereich

Im Kontext der Bildung stützt das Subsidiaritätsprinzip das Recht der Familien, über die Bildung ihrer Kinder zu entscheiden. Solange Familien in der Lage sind, ihre Bildungsangelegenheiten selbst zu regeln und dabei die grundlegenden Bildungsstandards zu erfüllen, sollten staatliche Instanzen kein übermässiges Eingreifen praktizieren. Dies fördert eine grössere pädagogische Freiheit und erlaubt Familien, Bildungswege zu wählen, die ihren individuellen Bedürfnissen, Werten und Überzeugungen entsprechen.

Implikationen für staatliches Eingreifen

Das Subsidiaritätsprinzip begrenzt also das staatliche Eingreifen in familiäre Bildungsentscheidungen. **Es impliziert, dass der Staat nur dann eingreifen sollte, wenn es klare Beweise dafür gibt, dass ohne dieses Eingreifen das Kindeswohl gefährdet wäre.** In der Praxis bedeutet dies, dass der Staat die Verantwortung hat, unterstützende Rahmenbedingungen zu schaffen und Bildungsalternativen zu ermöglichen, anstatt restriktive Massnahmen zu erzwingen, die die Bildungsfreiheit einschränken könnten.

Relevanz für Homeschooling

Für Familien, die sich für Homeschooling entscheiden, bietet das Subsidiaritätsprinzip eine rechtliche Grundlage, ihre Wahl zu verteidigen, solange sie nachweisen können, dass sie eine adäquate Bildung bieten. Dies unterstreicht die Notwendigkeit für Bildungssysteme, flexibel und inklusiv zu sein, um eine Vielfalt von Bildungsmodellen zu unterstützen, die den verschiedenen Bedürfnissen der Familien gerecht werden.

Die rechtlichen Grundlagen in der Schweiz und auf internationaler Ebene bieten ein solides Fundament für die Bildungsfreiheit. Sie schützen das Recht der Familien, über die Bildungsform ihrer Kinder zu entscheiden, und legen die Verantwortung bei den Behörden, diese Freiheiten zu respektieren und zu fördern. Trotz dieser Bestimmungen gibt es im Kanton St. Gallen Herausforderungen, die zeigen, dass die praktische



WirFamilien
STARK UND VEREIN(T)

WirFamilien

📍 Uetenberg 9, CH-8733 Eschenbach

📞 078 606 78 79

🌐 <https://www.wirfamilien.ch>

Umsetzung dieser Rechte verbessert werden muss, um echte Bildungsfreiheit zu gewährleisten.



Analyse der Missachtung der Bildungsfreiheit im Kanton St. Gallen

Im Kanton St. Gallen offenbaren sowohl das aktuelle Volksschulgesetz (VSG), der Zwischenbericht zur dessen Revision als auch die Praktiken des Bildungsdepartements signifikante Herausforderungen in Bezug auf die Einhaltung und Förderung der Bildungsfreiheit. Diese Elemente zusammen führen zu einer Einschränkung der Entscheidungsfreiheit von Familien hinsichtlich der Bildung ihrer Kinder, insbesondere im Bereich des Homeschoolings.

Aktuelles Volksschulgesetz (VSG)

Das bestehende VSG des Kantons St. Gallen setzt enge Rahmenbedingungen für alternative Bildungsformen wie Homeschooling. Obwohl das Bundesrecht und internationale Abkommen den Eltern das Recht geben, die Art der Bildung ihrer Kinder zu wählen, legt das VSG strikte Vorgaben fest, die diese Freiheiten einschränken:

Regulierungsintensität: Das Gesetz schreibt vor, dass alle Kinder eine öffentliche oder staatlich anerkannte private Schule besuchen müssen. Für Homeschooling gibt es nur unter strengen Auflagen Genehmigungen, die oft mit umfangreichen bürokratischen Hürden verbunden sind. Zudem kostet jede Prüfung mindestens Fr. 1'000.00 welche die Familien im Voraus zu bezahlen haben.

Administrative Hürden: Die Prozesse und Anforderungen, um eine Genehmigung für Homeschooling zu erhalten, sind komplex und abschreckend gestaltet. Dies schliesst viele Familien von dieser Bildungsform aus und verletzt somit indirekt das Recht auf freie Wahl der Bildungsform.

Zwischenbericht zur Revision des VSG

Der Zwischenbericht zur Revision des VSG deutet auf eine mögliche Verschärfung der Regulierungen hin, anstatt sie zu lockern. Dies steht im Widerspruch zu den internationalen und nationalen Bestimmungen zur Bildungsfreiheit:

Verschärfung der Bestimmungen: Der Bericht schlägt vor, den privaten Heimunterricht weiter einzuschränken oder sogar gänzlich zu verbieten. Diese Entwicklung wäre eine direkte Verletzung der Bildungsfreiheit, wie sie in der Bundesverfassung und den UN-Menschenrechtskonventionen verankert ist.

Fehlende Anerkennung alternativer Bildungswege: Der Bericht ignoriert die positiven Aspekte und Erfolge von Homeschooling und anderen alternativen Bildungsformen, die in anderen Ländern beobachtet wurden. Dies zeigt eine gewisse Voreingenommenheit gegenüber traditionellen Bildungswegen.



Agieren des Bildungsdepartements

Das Verhalten des Bildungsdepartements im Umgang mit Homeschooling und anderen nicht-traditionellen Bildungsformen spiegelt eine grundsätzliche Abneigung gegenüber der Bildungsfreiheit wider:

Persönliche Voreingenommenheiten: Das Departement reagierte auf die gerichtliche Niederlage, die den Familien das Recht auf Homeschooling bestätigte, mit dem Vorschlag, diese Bildungsform gesetzlich zu unterbinden. Dies kann als Versuch gesehen werden, persönliche oder institutionelle Vorurteile über die gesetzlichen Rechte der Bürger zu stellen.

Mangelnde Transparenz und Konsultation: Das Departement hat wenig bis keinen Dialog mit betroffenen Familien oder Bildungsexperten geführt, die alternative Ansichten vertreten könnten. Dies untergräbt das Prinzip der Partizipation und Transparenz, das für eine faire und effektive Bildungspolitik entscheidend ist.

Die Analyse zeigt, dass das aktuelle VSG, der Prozess seiner Revision und das Agieren des Bildungsdepartements im Kanton St. Gallen erhebliche Bedenken hinsichtlich der Achtung der Bildungsfreiheit aufwerfen. Diese Entwicklungen könnten nicht nur die rechtlichen Rechte von Familien untergraben, sondern auch das Potential für eine diversifizierte und individuell angepasste Bildungslandschaft im Kanton limitieren. Es ist entscheidend, dass zukünftige Revisionen des VSG und die Bildungspolitik im Allgemeinen die Prinzipien der Bildungsfreiheit stärker berücksichtigen und in Einklang mit nationalen und internationalen Standards bringen.



Konstruktionsfehler im Schweizer Bildungssystem: Lehrplan 21, Inklusion und Selbstkontrolle der Schulträger

Lehrplan 21 und seine Implikationen

Der Lehrplan 21, implementiert über verschiedene Kantone einschliesslich St. Gallen, zielt darauf ab, die Bildungsstandards zu harmonisieren und modernisieren. Trotz der wohlmeinenden Intentionen birgt dieser Ansatz einige strukturelle Mängel:

Überkomplexität und Inflexibilität: Lehrplan 21 legt einen sehr detaillierten Rahmen für die Lehrkräfte fest, was paradoxerweise die pädagogische Freiheit einschränken kann. Lehrer sind oft gezwungen, sich strikt an vorgegebene Kompetenzen und Lernziele zu halten, was wenig Raum für Anpassungen an die individuellen Bedürfnisse der Schüler lässt.

Einheitslösung für heterogene Gruppen: Der Versuch, einen einheitlichen Lehrplan auf eine so diverse Schülerpopulation anzuwenden, führt oft dazu, dass die Bedürfnisse von Schülern am Rand des Spektrums – seien es hochbegabte Kinder oder solche mit Lernschwierigkeiten – nicht adäquat adressiert werden.

Schwerpunkt auf Quantifizierbarkeit: Durch die Fokussierung auf messbare Kompetenzen kann der Lehrplan 21 dazu beitragen, dass kreative und kritische Denkprozesse, die schwerer zu messen und zu standardisieren sind, in den Hintergrund geraten.

Inklusion in der Schulbildung

Inklusion ist ein weiterer wichtiger Aspekt des modernen Bildungssystems, der darauf abzielt, allen Kindern unabhängig von ihren physischen oder geistigen Fähigkeiten eine gleichwertige Bildung zu ermöglichen. Jedoch stösst die Umsetzung oft auf Hindernisse:

Ressourcenmangel: Viele Schulen verfügen nicht über die notwendigen Ressourcen – sowohl finanziell als auch in Bezug auf speziell geschultes Personal – um eine effektive Inklusion zu gewährleisten.

Ausbildung und Unterstützung für Lehrkräfte: Lehrer fühlen sich häufig nicht ausreichend vorbereitet oder unterstützt, um auf die spezifischen Bedürfnisse von Schülern im Rahmen der Inklusion adäquat eingehen zu können.

Soziale Integration: Obwohl Inklusion auf dem Papier existiert, erleben viele Schüler, die besondere Bedürfnisse haben, soziale Isolation oder Ausgrenzung durch ihre Mitschüler und manchmal auch Lehrkräfte.



Selbstkontrolle der Schulträger

Ein fundamentaler Konstruktionsfehler im Schweizer Bildungssystem ist die Selbstkontrolle der Schulträger. Dies führt zu einer Reihe von Problemen:

Mangel an objektiver Bewertung: Schulträger, die ihre eigenen Leistungen bewerten, neigen dazu, Probleme zu übersehen oder herunterzuspielen, was zu einer Verschleierung von Qualitätsmängeln führen kann.

Fehlende Rechenschaftspflicht: Ohne externe Überwachung oder Kontrolle gibt es wenig Anreize für Schulträger, sich selbst zu verbessern oder innovative Lehrmethoden zu implementieren.

Interessenkonflikte: Schulträger können Entscheidungen treffen, die mehr von Budgetrestriktionen oder politischen Überlegungen als von pädagogischen Notwendigkeiten geleitet sind.

Die aktuellen Strukturen und Praktiken im Bildungssystem, insbesondere im Hinblick auf den Lehrplan 21, die Inklusion und die Selbstkontrolle der Schulträger, führen zu signifikanten Qualitätsverlusten in der Bildung sowie zu Beeinträchtigungen der geistigen und psychischen Gesundheit der Schüler. Eine Reform dieser Aspekte ist dringend notwendig, um sicherzustellen, dass das Bildungssystem allen Schülern gerecht wird und sie effektiv auf ihre Zukunft vorbereitet.



Analyse der Bildungsqualität des Schweizer Bildungssystem

Herausforderungen durch Lehrplan 21

Der Lehrplan 21, der darauf abzielt, das schweizerische Bildungssystem zu harmonisieren und zu modernisieren, hat unbeabsichtigte Folgen für die Qualität der Bildung und das Wohlbefinden der Schüler. Die Einführung einer Vielzahl neuer Fächer bereits in der Primarstufe, darunter Englisch ab der dritten und Französisch ab der fünften Klasse, hat die Anforderungen an die Schüler signifikant erhöht. Diese frühe Mehrsprachigkeit führt nachweislich zu einem verschlechterten Lernen von Fremdsprachen, da die Schüler damit überfordert werden und sich später Fremdsprachen gegenüber verschliessen könnten. Zudem werden über 300 Kompetenzen und über 2300 Kompetenzstufen abgefragt, was unter dem Strich lediglich zu einem diffus-gerasterten Unterricht führt.

Bewertungssystem und seine Auswirkungen

Die Kritik von economiesuisse am aktuellen Notensystem unterstreicht die Problematik einer unzureichenden Beurteilung in den Schulen. Die Benotung ist oft irreführend und spiegelt nicht den tatsächlichen Leistungsstand der Schüler wider. In einem System, das auf numerische Noten setzt, die weder aussagekräftig noch national vergleichbar sind, leidet die Transparenz und erhöht die Unsicherheit bei Schüler und Eltern. Unternehmen und weiterführende Bildungseinrichtungen sind gezwungen, auf alternative Beurteilungsmechanismen zurückzugreifen, da die Schulzeugnisse nicht genügend relevante Informationen liefern.

Psychologische Auswirkungen auf Schüler

Die mangelnde Klarheit im Beurteilungssystem und die hohe Anforderung durch den Kompetenzen-Irrgarten führen zu einer Verunsicherung unter den Schülern. Die ständige Konfrontation mit wechselnden und unklaren Anforderungen kann Stress und Angstzustände fördern. Dies hat wiederum Einfluss auf die geistige und psychische Gesundheit der Schüler, die sich in der Schule nicht angemessen eingeschätzt oder unterstützt fühlen.

Beobachtungen zeigen, dass chronischer Stress im schulischen Umfeld zu Langzeitfolgen wie Depressionen, Angstzuständen, Selbstverletzung und sogar Suizidalität führen kann. Ein Bildungssystem, das diese Aspekte nicht berücksichtigt, trägt dazu bei, dass Schüler sich emotional und psychisch überfordert fühlen, was letztlich die gesamte Gesellschaft belastet. Denn die Volksschule soll die Gesellschaft der Zukunft bilden. Um so mehr sie in



WirFamilien
STARK UND VEREIN(T)

WirFamilien

📍 Uetenberg 9, CH-8733 Eschenbach

📞 078 606 78 79

🌐 <https://www.wirfamilien.ch>

die Familien eingreifen will, umso mehr muss sich die Politik auch mit dem Vorwurf konfrontieren, die Gesellschaft selbst an die Wand zu fahren.

Um die strukturellen Mängel des Lehrplans und die Auswirkungen des Bewertungssystems zu korrigieren, sind tiefgreifende Reformen notwendig in Lernmethodik, wie auch Bewertung.



Leitfaden für Parlamentarier und Bildungsdepartement zur Revision des Volksschulgesetzes (VSG)

Die Revision des Volksschulgesetzes im Kanton St. Gallen bietet eine signifikante Möglichkeit, die Bildungslandschaft zu verbessern, indem man sich an den Grundprinzipien der Schweizer Verfassung, den UN-Menschenrechten und den Bedürfnissen der Familien orientiert. Hier sind wichtige Aspekte, die bei der Überarbeitung berücksichtigt werden sollten:

Zu beachtende Grundprinzipien

Autonomie der Familien stärken: Das revidierte Gesetz sollte die Autonomie der Familien respektieren und fördern, indem es Eltern mehr Entscheidungsfreiheit über die Bildung ihrer Kinder gibt. Dies umfasst die Erleichterung von Homeschooling und anderen alternativen Bildungsformen.

Einbeziehung der UN-Menschenrechte: Die UN-Menschenrechte, insbesondere das Recht auf Bildung und das Recht der Eltern, die Bildungsart ihrer Kinder zu wählen, sollten in die Gesetzgebung integriert werden. Dies stellt sicher, dass internationale Standards eingehalten und die Rechte der Kinder und Familien geschützt werden.

Erhöhung der Bildungs- und Lebensqualität: Die Gesetzesrevision sollte darauf abzielen, die Bildungsqualität zu erhöhen und gleichzeitig die Lebensqualität von Schülern und Familien zu verbessern. Dies beinhaltet die Reduzierung von Schulstress und die Förderung eines ausgewogenen Lebensstils, sowie Bewegungsfreiheit bei der Entscheidung der Bildung.

Zu überdenkende oder zu kippende Vorstösse

Verbot von Homeschooling: Jeder Vorstoss, der darauf abzielt, Homeschooling zu verbieten oder weiter einzuschränken, sollte überdacht oder gekippt werden. Stattdessen sollten Regelungen geschaffen werden, die Homeschooling unter Einhaltung bestimmter Qualitätsstandards ermöglichen.

Übermässige Standardisierung: Vorstösse, die zu einer zu starken Standardisierung des Bildungswesens führen, sollten vermieden werden, da sie oft die individuelle Förderung der Schüler und die pädagogische Freiheit der Lehrkräfte einschränken.

Hinzuzufügende Elemente

Flexible Bildungswege: Das Gesetz sollte flexible Bildungswege fördern, die an die individuellen Bedürfnisse und Fähigkeiten der Schüler angepasst sind. Dies



könnte durch die Einführung modularer und kompetenzbasierter Lernansätze unterstützt werden.

Stärkere Einbeziehung der Eltern: Mechanismen zur stärkeren Einbeziehung der Eltern in die schulischen Entscheidungsprozesse sollten etabliert werden. Dies könnte durch regelmässige Konsultationen und die Einrichtung von Elternbeiräten erfolgen.

Unabhängige Überwachungs- und Beschwerdeinstanzen: Um die Qualitätssicherung und die Einhaltung der Rechte der Schüler zu gewährleisten, sollten unabhängige Überwachungs- und Beschwerdeinstanzen geschaffen werden.

Parlamentarier und Funktionäre des Bildungsdepartements sollten bei der Revision des VSG darauf achten, dass die Gesetzgebung die Bildungsfreiheit fördert, die Rechte der Familien schützt und die Bildungsqualität steigert, während sie gleichzeitig internationale **Menschenrechtsstandards** respektiert. Durch diese Ausrichtung kann das Bildungssystem im Kanton St. Gallen nicht nur den Bedürfnissen seiner Bürger gerecht werden, sondern auch ein Vorbild für eine moderne, integrative und flexible Bildungspolitik sein.



Bedenken der Politik gegenüber Bildungsfreiheit und Homeschooling: Notwendigkeit einer differenzierten Betrachtung

Die Vorbehalte einiger politischer Entscheidungsträger bezüglich Homeschooling, wie die Befürchtung, dass Familien ihre Kinder der Bildung vorenthalten, zu Kinderarbeit zwingen oder missbrauchen könnten, sind ernst zu nehmen. Allerdings bedarf es einer ausgewogenen Sichtweise, die das Vertrauen in die Integrität und Verantwortungsbewusstheit der überwiegenden Mehrheit der Schweizer Familien widerspiegelt. Es ist wichtig, zwischen dem Schutz der Kinder vor tatsächlichen Gefahren und der ungerechtfertigten Einschränkung der Bildungsfreiheit durch übermässige Regulierung zu unterscheiden.

Rolle der KESB und differenzierte Politikgestaltung

Effektivität der KESB: Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) ist in der Schweiz bereits eine etablierte Instanz, die darauf ausgerichtet ist, schnell und effektiv einzugreifen, wenn Kinder in ihrer Entwicklung gefährdet sind. Die Existenz dieser Behörde sollte den politischen Entscheidungsträgern bereits eine gewisse Sicherheit bieten, dass Missbrauchsfälle oder Vernachlässigung effizient adressiert werden können, ohne dass eine generelle Misstruenspolitik gegenüber allen Eltern, die Homeschooling wählen, gerechtfertigt wäre.

Statistische Realität: Der aller grösste Teil der Familien in der Schweiz ist gesund und verantwortungsbewusst mit der Erziehung ihrer Kinder. Diese Mehrheit sollte nicht aufgrund von Einzelfällen benachteiligt werden. Politische Massnahmen sollten auf Fakten basieren und nicht auf der unbegründeten Angst, dass eine grosse Zahl von Familien ihre Kinder missbrauchen könnte.

Misstrauen gegenüber Familien abbauen: Es ist kontraproduktiv, alle Familien unter Generalverdacht zu stellen. Eine solche Haltung kann das Vertrauensverhältnis zwischen Staat und Bürgern untergraben und ist nicht förderlich für eine Gesellschaft, die auf den Prinzipien von Freiheit und individueller Verantwortung aufbaut. Politische Entscheidungen sollten darauf abzielen, das Vertrauen in die Familien zu stärken, indem sie Unterstützung und Ressourcen anbieten, anstatt Restriktionen zu verschärfen.

Politische Empfehlungen

Positives Familienbild fördern: Die Politik sollte ein positives Bild von Familien fördern und anerkennen, dass die meisten Eltern das Wohl ihrer Kinder im Auge haben. Dies könnte durch Kampagnen geschehen, die die Vorteile von familiengeführter Bildung hervorheben und gleichzeitig aufzeigen, wie staatliche Instanzen unterstützend und nicht nur regulierend wirken können.



Flexible Regelungen für Homeschooling: Statt strikte Verbote oder übermässige Regulierungen zu implementieren, sollte die Politik flexible Regelungen schaffen, die Homeschooling unter bestimmten Qualitäts- und Überwachungsstandards ermöglichen. Dies würde den Familien die Freiheit geben, Bildung nach ihren Vorstellungen zu gestalten, während gleichzeitig sichergestellt wird, dass die Bildungsstandards eingehalten werden.

Transparenz und Dialog: Es sollte ein offener Dialog zwischen den Bildungsbehörden und den Familien gefördert werden, um Bedenken zu adressieren und Missverständnisse auszuräumen. Transparenz in den Entscheidungsprozessen und bei der Formulierung von Bildungspolitiken kann dazu beitragen, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die politischen Massnahmen zu stärken.

Indem die Politik auf Misstrauen verzichtet und stattdessen ein unterstützendes und förderndes Umfeld für alle Bildungsformen schafft, kann sie dazu beitragen, die Bildungsqualität zu erhöhen und gleichzeitig die Lebensqualität von Familien und Schülern zu verbessern.



Abschliessend ist fest zu halten:

Dieser Bericht offenbart eine Wahrheit, die in den heutigen Diskussionen um Bildung allzu oft übersehen wird: **Bildungsfreiheit ist kein Luxus, sondern ein grundlegendes Recht.** Im Kanton St. Gallen hat der Kampf um Homeschooling diese Tatsache unterstrichen und gezeigt, dass Bildungsfreiheit mehr als nur eine Wahlmöglichkeit ist; es ist ein Massstab für eine fortschrittliche und offene Gesellschaft. Jede Einschränkung dieses Rechts, sei es durch Gesetzesvorstösse oder Verwaltungsentscheidungen, die alternative Bildungsformen behindern, ist ein Schritt zurück von dem, was eine demokratische Bildung ausmacht.

Die Ereignisse in St. Gallen sind ein Weckruf, der uns vor Augen führt, wie schnell Bildungsfreiheit erodieren kann, wenn sie nicht aktiv geschützt und gefördert wird. Der Vorfall mit den Mitgliedern des Vereins Homeschooling St. Gallen sollte nicht als Einzelfall gesehen werden, sondern als symptomatisch für grössere, systemische Probleme, die überall dort auftreten können, wo Bildungsbükratien unflexibel werden.

Es ist an der Zeit, dass alle Beteiligten – von Bildungspolitikern über Lehrer und Eltern bis hin zu den Schülern selbst – zusammenkommen, um eine Bildungspolitik zu gestalten, die tatsächlich inklusiv, gerecht und frei ist. Wir müssen darauf hinwirken, dass die Bildung nicht nur eine Frage der akademischen Leistung, sondern auch der persönlichen Wahl und Freiheit ist. Jede Familie in St. Gallen und darüber hinaus sollte das Recht haben, zu entscheiden, was für ihre Kinder am besten ist, ohne unnötige Hürden oder Hindernisse.

In diesem Sinne ist der Bericht nicht nur eine Zusammenfassung von Problemen, sondern auch ein Aufruf zum Handeln. Er fordert uns auf, für die Rechte unserer Kinder zu kämpfen, für eine Bildung, die sie nicht nur zu guten Testnehmern, sondern zu freien, kritisch denkenden Menschen macht. Die Zukunft wird von denen gestaltet, die bereit sind, für die Prinzipien zu kämpfen, die sie für richtig halten. Lassen Sie uns sicherstellen, dass unsere Bildungssysteme die Art von Zukunft fördern, die wir alle anstreben – eine Zukunft, die auf Freiheit, Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle Kinder aufbaut.